

Die Gesellschaft der Hundertjährigen

Bevölkerungspolitische Strategien gegen statistisches Katastrophendenken / Nur qualifizierte Zuwanderung

Von Torsten Angerer

Thilo Sarrazins Kassandraruf „Deutschland schafft sich ab“ hat den demographischen Wandel wie nie zuvor ins öffentliche Bewußtsein gehoben. Seit dem Erscheinen seiner in Millionenaufgabe verbreiteten bevölkerungspolitischen Lageanalyse füllen sich Feuilletons und Fachzeitschriften mit mehr oder weniger wissenschaftlich gut fundierten Kontrapositionen.

(...) Wie sich Gefahren einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung in Chancen verwandeln lassen und für Deutschland damit weiter ein Platz in den oberen Rängen der „globalen politischen Hackordnung“ zu sichern sei, skizzieren der Zeit-Autor Björn Schwentker und der am Rostocker Max-Planck-Institut für Demographie tätige James Vaupel, die eine „Neue Kultur des Wandels“ einfordern, sowie der vorsichtiger argumentierende Axel Börsch-Supan, Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel. Das Planspiel von Schwentker und Vaupel kalkuliert dabei mit einem von US-Medizinern und Anthropologen seit langem registrierten Phänomen: der Ausweitung der „biologischen Obergrenze“. Alle zehn Jahre, so die Protagonisten der US-Biodemography, steige die Lebenserwartung in den Industrieländern um 1,5 bis 3,5 Jahre. Fortschritte der Medizin hätten zugleich verhindert, daß gewonnene Lebens- in Leidenszeit umschlage.

(...) Obwohl Börsch-Supan Veränderungen der „Biologie des Menschen“ reservierter beurteilt, sieht auch er zu „fundamentalem Pessimismus“ keinen Anlaß. Sofern man nur den „zentralen Schalthebel“ umlege und den Anteil der durch Weiterbildung fit gehaltenen „jungen Alten“ an der Erwerbsquote steigere. „Mit einer geschickten Kombination von Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreform“ könne unser Lebensstandard konstant gehalten, eventuell sogar erhöht werden. Und Sorgen um unsere „Abschaffung“ müßten wir uns dann auch nicht mehr machen.

Der vollständige Artikel erschien in der Jungen Freiheit am 1. April 2011.